

Bereich Wohnen

4. Welche Ansätze verfolgen Sie, um Bauland zu mobilisieren, insbesondere eine Lückenbebauung und maßvolle Nachverdichtung und - wo erforderlich - Erschließung neuer Baugebiete zu fördern? Wie wollen Sie die Kommunen dabei unterstützen?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>Gerade im Ballungsraum halten wir sowohl die maßvolle Nachverdichtung, als auch die Ausweisung von neuem Bauland für dringend geboten und wollen die Kommunen dabei unterstützen, nachfragegerecht Bauland bereitzustellen.</p> <p>Die Innenentwicklung wollen wir vor allem durch ein kommunales Baulückenkataster und die Fortsetzung der Baulandoffensive, mit der Potenzialflächen identifiziert und beplant werden, vorantreiben. Außerdem wollen wir durch rechtliche Erleichterungen und Mustersatzungen die Möglichkeit für Aufstockungen und Nachverdichtungsmaßnahmen verbessern.</p> <p>Zur Entwicklung in Innenbereichen gehört auch, Konversionsflächen weiterhin konsequent zu entwickeln und landeseigene Flächen über Konzeptvergaben preisgünstig zu veräußern. Die Änderung der Richtlinie zur Veräußerung von Grundstücken im Bundesbesitz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wird dazu beitragen, dass auch Bundesgrundstücke künftig</p>	<p>Trotz der wachsenden Wohnraumknappheit im Rhein-Main-Gebiet wurden von den rund 2.300 Hektar, die seit 2010 im Regionalplan zur Bebauung vorgesehen sind, von den Kommunen dafür nur 27 Prozent verbindlich ausgewiesen. Lediglich weitere 14 Prozent sind tatsächlich bebaut worden. Wir wollen den Wohnungsneubau deshalb vereinfachen. Wir werden uns mit den Beteiligten an einen Tisch setzen, um Planungsverfahren effizienter zu gestalten in Bezug auf Beteiligungsrechte, Vorschriften und juristische Auseinandersetzungen. Denn oft liegt es nicht am fehlenden Geld, sondern an den Anforderungen an die Schaffung von Bauland, die bezahlbaren Wohnraum verhindern.</p> <p>Wir wollen Kommunen und Regionalplanung mit Blick auf die Entwicklungen im Metropolraum im Bereich der Flächenplanung handlungsfähiger machen. Eine Struktur, die bei der Wachstumsdynamik des Ballungsraums acht bis zehn Jahre für die</p>	<p>Wir stehen für eine kluge Innenentwicklung und wollen den Ausbau von noch mehr Wohnsiedlungen auf der grünen Fläche vermeiden. Die Novelle der Hessischen Bauordnung hat bereits eine Erleichterung für die Aufstockung von Gebäuden geschaffen und auch die Baulandoffensive unterstützt Kommunen dabei, Flächen für Wohnraum zu mobilisieren. Diese bietet hilfreiche Unterstützung bei der Suche nach Bauland für bezahlbaren Wohnraum und wird derzeit von Kommunen aktiv in Anspruch genommen, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Auf dieser guten Nachfrage wollen wir aufbauen und im Rahmen der Baulandoffensive ein öffentlich zugängliches Flächenkataster für Kommunen einrichten. Damit bekommen alle Kommunen und die Bauträger die Möglichkeit, die geeigneten freien Flächen für den Bau von Wohnquartieren und der entsprechenden Infrastruktur zu erfassen und entsprechend zielgenauer zu planen. Neue Wohnflächen können</p>	<p>Wohnungsnot und steigende Mieten sind unter anderem Folgen fehlenden Baulands. Wir werden die von der Landesregierung initiierte Baulandoffensive evaluieren und effizienter gestalten. Ziel wird es sein, die Kommunen konkreter bei der Ausweisung von neuem Bauland zu unterstützen, Hürden zu beseitigen und auch durch Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie auf die Schließung von Baulücken hinzuwirken. Auch die Stelle des Wohnungsbaubeauftragten werden wir dazu wieder neu besetzen.</p>	<p>Städtisches Grün ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Lebensqualität in den Städten. Doch schon eine Versiegelung von weniger als 50 Prozent behindert die Grundwasserbildung, steigert die Hochwassergefahr und bedeutet den Verlust wichtiger Bodenfunktionen. Aus diesem Grund unterstützt DIE LINKE das 30-ha Ziel ebenso wie das Bestreben, in einer Flächenkreislaufwirtschaft den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2050 bei null zu halten.</p>

<p>besser und preisgünstiger zur Schaffung von Wohnraum genutzt werden können.</p> <p>Die Ausweisung neuen Baulandes wollen wir sowohl durch finanzielle Anreize als auch durch organisatorische Unterstützung der zuständigen Kommunen stärken. Vor allem werden wir die Vorfinanzierung von Maßnahmen zu Baulandausweisung und eine Berücksichtigung von Wohnfolgekosten der Kommunen verbessern. Als weitere Maßnahme zur Unterstützung von Kommunen werden wir im Kommunalen Finanzausgleich eine Sonderunterstützung für geplante Baugebiete anlegen, damit diejenigen Kommunen, die zur Ausweisung nachfragegerechten Baulandes bereit sind, schon während des Prozesses der Baulandentwicklung eine angemessene Unterstützung erfahren.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir eine Initiative für ein bundesweites Planungsbeschleunigungsgesetz ergreifen, um damit die Planung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen und der Wohnraumerstellung zu beschleunigen, wie dies mit dem in den 1990er Jahren gültigen Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes bereits gut gelungen ist.</p>	<p>Flächennutzungsplanung benötigt, versündigt sich an den Entwicklungschancen der Region.</p> <p>Eine SPD-geführte Landesregierung wird die bestehenden Regelungen zur Flächennutzungsplanung so ändern, dass bei Bedarf schneller gehandelt werden kann und einzelne Kommunen bei akuten Problemen wie dem aktuellen Wohnungsmangel schneller aktiv werden können.</p> <p>Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass sowohl das BIMA Gesetz geändert wird als auch das</p> <p>Land eigene Liegenschaften den Kommunen und Wohnungsbau-gesellschaften für den Bau von Wohnungen vergünstigt zur Verfügung stellt. Im Falle des Verkaufs soll das beste Konzept entscheiden, nicht der höchstmögliche Preis, wie z. B. beim Verkauf des alten Polizeipräsidiums in Frankfurt.</p>	<p>zudem auch generiert werden, wenn flächenintensive Gebäude wie etwa Supermärkte auch für Wohnungen genutzt werden, beispielsweise durch entsprechende Aufbauten.</p>		
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--

Verband Wohneigentum Hessen e.V. – Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28.10.2018

<p>Als weitere Maßnahme wollen wir dafür sorgen, rechtsstaatliche Verfahren durch separate Kammern für Planungs- und Bauverfahren bei den Verwaltungsgerichten zu beschleunigen.</p>				
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--